Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang | Sonnabend, den 12. Juli 1919 | Nummer 328 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— M., bei Zustellung unter Streifband 3,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wiederbeginn der Weltwirtschaft.

Die Blockade heute aufgehoben.

Versailles, 12. Juli.

Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittagssitzung beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, den 12. Juli, ab aufzuheben.

Wiederbeginn des deutsch-amerikanischen Handels.

Washington, 11. Juli (Reuter)

Der stellvertretende Staatssekretär versprach, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland binnen 48 Stunden gestattet werden wird. Es werden außer für Farbstoffe, Chemikalien und Kali, die unter Aufsicht der Wiedergutmachungskommission stehen werden, Lizenzen aufgegeben werden; die Schiffahrtsbeschränkungen werden nicht beibehalten werden.

Wiederherstellung der Schiffahrtsverbindungen.

Washington, 11. Juli (Reuter).

Die Schiffahrtsverbindungen mit Hamburg und Bremen werden wieder hergestellt werden, sobald Ladungen dafür aufgebracht werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Aus den südlichen Häfen wird Baumwolle direkt nach Deutschland verschifft werden.

*

Vom heutigen Tage an kann man den Beginn des Wirtschaftsfriedens datieren. Die Blockade ist zu Ende, die Handelsbeziehungen können wieder aufgenommen werden.

Freilich, durch die Bestimmungen des Friedensvertrags und durch den ökonomischen Zusammenbruch, den der Krieg für die Besiegten und einen Teil der Sieger bedeutet, ist der internationale Verkehr noch schwer gehemmt. Trotzdem beginnt von jetzt an die Möglichkeit der Erholung und des Wiederaufbaues. Wenn auch durch das Diktat des Ententekapitalismus die Bedingungen ungleich sind, und namentlich für Deutschland sich ungünstig gestalten, so stehen doch die Lebensmittel, Rohstoffe und Warenvorräte des Weltmarktes auch dem deutschen Volke wieder zur Verfügung.

Es wird Aufgabe einer guten auswärtigen Politik sein, dahin zu wirken, daß die Erschwernisse des deutschen Handels allmählich verringert werden. Und es wird Aufgabe der inneren Wirtschaftspolitik sein, einmal nicht durch falsche Maßnahmen die Außenhandelsbeziehungen zu stören, dann aber — und das ist das Entscheidende — durch eine energische sozialistische Wirtschaftspolitik die Produktivität zu heben und insbesondere die Arbeitsfreudigkeit wiederherzustellen, die nur das Bewußtsein schaffen kann, nicht mehr für kapitalistischen Profit, sondern für die Gesellschaft zu produzieren.

Die Ausführung des Vertrages.

Eine vorbereitende Besprechung.

Versailles, 11. Juli.

Heute fand in Versailles eine vorbereitende Besprechung einer deutschen und einer Ententekommission über die Ausführung der Leistungen und Lieferungen statt, welche Deutschland in dem Friedensvertrag übernommen hat. Es wurde zwischen dem deutschen Vorsitzenden Unterstaatssekretär Schröder und dem französischen Vorsitzenden Loucheur Einverständnis darüber erzielt, daß über eine Reihe von Einzelfragen, insbesondere über die Frage von Kohlen- und Chemikalienlieferungen, schon in der nächsten Woche besondere Sachverständigenkommissionen in Versailles zusammentreten sollen. Von französischer Seite wurde das dringende Verlangen gestellt, daß zu den Arbeiten der Aufräumung der durch den Krieg zerstörten französischen Gebiete alsbald freie deutsche Arbeitskräfte in erheblichem Umfange herangezogen würden; für Belgien wurde die Beteiligung deutscher Arbeiter als nicht notwendig bezeichnet. Deutscherseits wurde die sofortige eingehende Prüfung dieser Frage und die baldige Ueberreichung entsprechender Vorschläge zugesagt. Im übrigen erklärten die Vertreter der Entente, daß sie für die Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens zunächst schriftliche Vorschläge Deutschlands über die Durchführung im einzelnen abwarten müßten.

Aufhebung der schweizerischen Handelsbeschränkungen.

Bern, 11. Juli.

Wie der „Bund" mitteilt, hat der Bundesrat heute dem Volkswirtschaftsparlament die nötigen Vollmachten erteilt, um die Aufhebung der S. S. S. in die Wege zu leiten. Die Mitteilung der alliierten Regierungen über die sofortige Aufhebung der S. S. S. wird in kürzester Zeit erwartet. Die Vorarbeiten sind bereits voll im Gange, so daß ein rasches Tempo zu erwarten ist. Das Handels-Amtsblatt vom 10. 7. enthält bereits die Liste der Waren, für die mit der Aufhebung der S. S. S. generelle Ausfuhrbestimmungen erteilt werden.

Die Notlage Oesterreichs.

St. Germain, 11. Juli.

Staatskanzler Renner richtete an den Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: Da wir der Aufforderung des Obersten Wirtschaftsrates folgend ihm alle im Inlande und in den neutralen Staaten befindlichen ausländischen Werte zur Verfügung gestellt haben, die in den alliierten und assoziierten Staaten vorhandenen ausländischen Werte aber mit Beschlag belegt sind, sind wir gegenwärtig absolut nicht in der Lage, uns rechtzeitig von anderer Seite Kredite für den Bezug von Lebensmitteln zu verschaffen. Die uns vom Obersten Wirtschaftsrat eingeräumten Kredite gehen rasch zu Ende. Schon gegenwärtig erhalten wir nur Getreide und Mehl, während die Zuschüsse von Fleisch, Fett, Reis und Kondensmilch aufgehört haben. Unsere Ernährungssituation verschlechterte sich daher wieder außerordentlich und ist kritisch. Nun wird im August auch der Kredit für Getreide und Mehl erschöpft sein. Wenn die Zuschüsse infolgedessen aufhören würden, wäre ein großer Teil unserer Bevölkerung, insbesondere die Bevölkerung Wiens und der Industriebezirke, dem Verhungern preisgegeben. Wenn die Sendungen der Alliierten aufhören, müßte die Hungersnot, die eine Zeitlang durch diese Sendungen gemildert wurde, mit erneuter Wucht verheerend über uns hereinbrechen, und es wäre unmöglich, die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten.

Da wir alle realisierbaren Aktiven zur Verfügung des Obersten Wirtschaftsrates gestellt haben, müssen wir die dringende Bitte stellen, daß uns provisorisch weitere Kredite wenigstens für die Monate August und September gewährt werden.

Am Schluß des Schreibens wird nochmals darauf verwiesen, daß eine Unterbrechung der Lebensmittelsendungen eine Katastrophe herbeiführen würde.

Schwierige Ernährungslage Italiens.

Bern, 11. Juli.

Laut „Corriere della Sera" führte in der gestrigen Kammersitzung der Unterstaatssekretär für Verpflegung aus, daß die Ernährungslage Italiens sich immer mehr verschlechtere und nur noch Lebensmittel für einen Monat vorhanden seien. Die Lage werde durch Frachtraummangel noch schwieriger. Ebenso notwendig wie die Einfuhr von Getreide sei die von Kohle. Die Verteilung die Schiffsraumes sei ein kaum zu lösendes Problem, besonders wenn man bedenke, daß die Lieferungen von Getreide einfach verfallen, wenn die Ware nicht bis zum 1. August abtransportiert ist. Darum müßten freiwillige Einschränkungen eintreten. Das schlimmste sei, daß die Produktion in allen Zweigen, in den industriellen wie in den landwirtschaftlichen, zurückgehe. Milchprodukte kommen immer weniger auf den Markt und scheiden für den Export ganz aus. Früher habe Italien seinen Zuckerbedarf selber gedeckt, jetzt müsse es 800 000 Doppelzentner einführen. Der Unterstaatssekretär scheute sich auch nicht, am Schlusse seiner Rede auf die Gefahren der wirtschaftlichen Uebermacht Englands und Amerikas hinzuweisen. Früher habe die Gefahr eines deutschen Handelsmonopols bestanden, heute bestehe die eines angelsächsischen. Darum werde es sich bald als notwendig erweisen, daß die wenigen reichen Nationen sich zusammenschließen, um gegen die wirtschaftlichen Erstickungsversuche der Angelsachsen Front zu machen.

Die Kommunalisierung.

Von Hermann Radtke.

Die Verhältniswahlen haben einer Reihe von Städten eine sozialistische Mehrheit gebracht. Dieses Ergebnis erweckte in Arbeiterkreisen große Hoffnungen und Befriedigung, weil man annahm, es würden nun die meisten Punkte unseres Kommunalprogramms verwirklicht, ein freies, gesundes Gemeindeleben geschaffen werden. Die neugewählten Stadtverordneten und Gemeindevertreter gingen mutig ans Werk, um alte Ueberlieferungen und Gebräuche zu beseitigen, unrentable Ausgaben zu vermeiden und das Gesamtleben in der Gemeinde auf eine neue, entwicklungsfähige Basis zu bringen. Daß es dabei oft zu den heftigsten Zusammenstößen und Kämpfen kam, beweisen die Berichte aus den verschiedensten Orten und Gegenden Deutschlands.

Ein Teil der Gemeindeverwaltungen, die sich durch öftere Erklärungen auf den Boden der neuen Verhältnisse stellten, versagte doch, wenn ihr Bekenntnis in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte. Sie versagten und mußten versagen, weil sie mit den früheren Verhältnissen zu sehr verwachsen waren. Im günstigsten Falle kam eine beschränkte Modernisierung der Privatwirtschaft und Verwaltungstechnik dabei heraus. Es fehlte vor allen Dingen das gute Beispiel des Reichs und der Einzelstaaten, um die Vertreter der Kommunalverwaltungen günstig zu beeinflussen. Vielleicht glaubten auch viele, von der Regierung und den bürgerlichen Kreisen ungünstig beurteilt zu werden, wenn sie neue Bahnen wandelten.

Am meisten fehlte es aber an sozialistischer Erkenntnis, an mutigem Wagen. Es ist deshalb eine unbedingte Pflicht sozialdemokratischer Vertreter, den Magistraten frisches Blut zuzuführen, Männer in die Verwaltung zu bringen, die mit neuem Geist erfüllt sind und nicht immer tausend Wenn und Aber auf den Lippen haben.

Es darf nicht davor zurückgeschreckt werden, einen zaudernden und bangenden Bürgermeister zu pensionieren, weil dadurch die Gemeinde um den Betrag der Pension belastet wird; ein tatkräftiger Mann an seine Stelle gesetzt, wird es der Gemeinde zehnfach wieder einbringen. Genau so steht es mit einem großen Teil der Dezernenten; überall glaubt man mit Konzessionen nach links und rechts auskommen zu können, wobei natürlich kein Teil seine Befriedigung findet.

Am schärfsten angefeindet werden die Kommunalisierungsbestrebungen sozialdemokratischer Stadtverordneter von den bürgerlichen Parteien, insbesondere von der demokratischen. Eine wüste Agitation geht unter den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden ein; Rückenstärkung für diese Kreise ist die totale Untätigkeit der Regierung, die außer einigen Plakaten mit der Aufschrift: „Die Sozialisierung marschiert" hierin noch nichts weiter hat schaffen können.

Unserem Kommunalprogramm wurde im Jahre 1910 auf dem Preußischen Parteitag folgende Einleitung gegeben:

In Uebereinstimmung mit der von dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Bremen 1904 beschlossenen Resolution steht die sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit freigemacht werden kann, welche die Wohlfahrt aller gleichmäßig fördert.

Zur Erreichung dieses Zieles sind auf dem Gebiete der Gesetzgebung durchgreifende Aenderungen erforderlich, die den Gemeinden eine ersprießliche Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit ermöglichen.

Sehr großen Anteil an dieser Einleitung und an dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm überhaupt darf man wohl dem früheren Kommunalpolitiker und heutigen preußischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch zuschreiben, umsomehr, weil Hirsch in seiner Erläuterung zur Städteordnung mit der alten, auch heute noch gültigen Städteordnung von 1853 scharf ins Gericht geht.

Nach alledem hätte man nun von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, in dessen Händen auch die Initiative für die Gesetzgebung für die Gemeinden liegt, erwarten dürfen, daß wir so schnell wie möglich eine neue Städteordnung bekommen.

Nichts davon, die neuen Vorschriften über die Schaffung eines Groß-Berlin sind fast vollkommen auf der alten

Städteordnung von 1853 aufgebaut. Nichts von den prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie, wie Einkammersystem, kurze Legislaturperioden, kurzfristigere Anstellungsverhältnisse der Besoldeten, mehr Einfluß der Stadtverordneten usw.! Hier hätte der neuen Städteordnung vorgearbeitet werden können, hier konnte man den neuen Geist in die Tat umsetzen!

Wir erkennen hierzu die Absicht der Regierung, nichts zu ändern und alles beim alten zu belassen. Deshalb heißt es nunmehr für die sozialistischen Stadtverordneten, selbstständig kräftig voranzuschreiten. Die durch die Kriegswirtschaft notwendig gewordene Verteilung der Lebensmittel durch die Kommune ist auszubauen und auf sämtliche zur Lebenshaltung notwendigen Artikel auszudehnen; gleichzeitig können und müssen sämtliche übrigen Zweige des Wirtschaftslebens in die Kommunalisierung mit einbezogen werden.

In Neukölln, das auch sonst in sozialpolitischer Hinsicht vielen anderen Gemeinden immer schon um einiges voraus war, wird jetzt schon praktische Arbeit für den allgemeinen Kommunalisierungsgedanken geleistet. Außer Gas und Elektrizität gibt es hier eine Stadtbank, ein Leihamt, Müllabfuhr, Fuhrpark, Plakat- und Lichtreklamewesen, Kino, Badeanstalt und Beerdigungswesen in städtischer Regie; hierzu kommen noch Ziegeleien, eine Dampfmühle und ein Braunkohlenbergwerk. Die städtischen Hafenanlagen werden mit modernen Transport- und Ladeeinrichtungen versehen, so daß die Umladung aller per Bahn oder Wasser ankommenden Güter auf die billigste und schnellste Art bewerkstelligt werden kann. Durch eine großzügige Bodenpolitik hat sich die Gemeinde umfassenden Grundbesitz gesichert. Dieses alles und die während des Krieges geschaffenen Unternehmungen, wie Gemüsetrocknungsanstalt, Schlachthaus, Wurstfabrik, Kühlanstalt; Futtermittelwerk usw. ist auszubauen, um als Fundament zu der beschlossenen Kommunalisierung der gesamten Lebensmittelversorgung zu dienen.

Die Pflasterungsarbeiten, sowie alle Hoch-, Aus- und Umbauten mit den dazugehörigen Erd-, Maurer-, Zimmerer-, Staaker-, Putzer-, Dachdecker-, Maler-, Tapezierer- und Bautischlerarbeiten sollen von der Stadt selbst ausgeführt werden. Hierzu sollen in kurzer Zeit noch eine Reihe schwebender Projekte kommen.

Es ist für uns eine Lebensfrage, auf dieser Bahn fortzuschreiten; die Zeit muß in Städten mit sozialdemokratischer Mehrheit für immer vorüber sein, wo sie einem kartellierten Unternehmertum ausgeliefert waren, das sich bei Submissionen oftmals vorher verständigte, um ungeheuren Zwischengewinn in die Tasche zu stecken. Es wäre geradezu ein Unfug, wo die Materialienbeschaffung so überaus schwierig und nur großen kapitalkräftigen Instituten möglich ist, mit den früheren Unternehmern zu arbeiten, die in den Verträgen bestrebt sind, jedes Risiko von sich abzuwälzen und der Stadt alle Unkosten und obendrein noch ihren Gewinn in Rechnung setzen.

Es könnte ein viel günstigeres Resultat für die Gemeinden erzielt werden, wenn sich die Regierung um die Preisbildung der großen Kartelle, Ringe und Syndikate kümmerte. Die Forderungen dieser Vereinigungen sind geradezu horrende.

Bei der Eingemeindung erhoffen wir, daß diesem Bestreben einer Arbeitergemeinde, die schon lange aus Selbsterhaltungstrieb zur Eigenwirtschaft übergehen mußte, keine Fesseln angelegt, sondern daß ihre Einrichtungen als Muster für das neue Groß-Berlin übernommen und ausgebaut werden.

Hand in Hand mit diesen praktischen Bestrebungen muß eine gründliche theoretische Aufklärung über das Wesen und den Zweck der Kommunalisierung, Sozialisierung und das den Auf- und Ausbau der Gesellschaft garantierende Rätesystem gehen. Auch diese Arbeit ist, da der Staat völlig versagt, eine Aufgabe der Gemeinden; jedoch darf es nicht im Stil der Antibolschewisten-Liga oder des sogenannten „Heimatdienstes" geschehen.

Sobald die Arbeiterschaft die Ueberzeugung hat, daß hier ein Stück Sozialismus verwirklicht wird, wird sie der freudigste Mitarbeiter und Mitberater sein.

Nahezu ¾ Jahre mehrheitssozialistischer Regierungspolitik haben uns gezeigt, daß diese Partei das kapitalistische System und die dadurch bedingte reaktionäre Machtpolitik stützt: Hunderttausende von Arbeitern haben erkannt, daß, da die Sozialisierung von oben sabotiert wird, sie von unten mit Energie betrieben werden muß.

Der ungeheure Umfang dieser sozialistischen Tätigkeit und die große Anzahl der zu lösenden Probleme machen ein einheitliches Arbeiten aller sozialistischen Gemeindevertreter notwendig; daher ist es unbedingt erforderlich, daß auf einer baldmöglichst einzuberufenden Konferenz aller auf dem Boden der U. S. P. stehenden Stadtverordneten und Gemeindevertreter eine gründliche Aussprache stattfindet, um so unserer Arbeit Ziel und Richtung zu geben.

Ein französischer Soldat erstochen.

Wie die Kriminalpolizei mitteilt, wurde heute nacht in der Friedrichstraße zwischen Dorothern- und Georgenstraße der französische Soldat Paul Manheim, Sergeant vom 32. Dragonerregiment, auf der Flucht vor einer großen Menge von einem unbekannten Täter erstochen. Die Leiche wurde nach der Rettungswache, Ziegelstraße 5, geschafft.

Diesmal ist also kein deutscher Revolutionär „auf der Flucht erschossen" worden, sondern ein französischer Soldat, Mitglied einer Militärmission, erstochen worden. Dieser Totschlag hat eine Vorgeschichte. Am Donnerstag gab die bürgerliche Presse unter der Ueberschrift „Französische Unverschämtheit" folgenden Polizeibericht wieder:

Der Berliner Polizeibericht meldet: In der vergangenen Nacht machten sich sieben französische Soldaten, an der Kanzler-Ecke, Unter den Linden, über einen älteren Herrn, der sich durch seinen langen Haarwuchs besonders bemerkbar machte, lustig. Als dieser sich die Belästigungen verbat, nahm das Publikum Partei für ihn und geriet mit den Franzosen in einen heftigen Wortwechsel in dessen Verlauf der französische Quartiermeister Thomas in französischer Sprache die Aeußerung getan haben soll: „Wir sind Sieger, ihr seid Schweine!" Die hierüber erbitterte Menge drang auf die Franzosen ein, so daß diese flüchteten. Auf dem Wege nach dem Botschaftsgebäude am Pariser Platz, wo sie ihr Quartier haben, wurden sie jedoch gestellt und liefen nun, da sie bei der Schlägerei zu unterliegen befürchteten, nach dem in der kleinen Kirchgasse liegenden Garten des Restaurants Tonndorf, wo sie von Polizeibeamten zu ihrer eigenen Sicherheit festgenommen und nach der Wache des dritten Polizeireviers geführt wurden. Thomas und einer seiner Begleiter, Brunard, hatten leichtere Verletzungen am rechten Ohr und am Hinterkopf davongetragen, die sie sich im Botschaftsgebäude verbinden lassen wollten. Nachdem sich der Auflauf zerstreut hatte, konnten die sieben Franzosen entlassen werden.

Dieser Vorfall hat sich nach den Behauptungen der französischen Soldaten ganz anders zugetragen. Der in dem Polizeibericht erwähnte Sergeant Thomas und seine Kameraden gehören der französischen Militärmission an, die sich unter der Leitung des Generals Dupont seit Abschluß des Waffenstillstandes in Berlin aufhält. Thomas teilt nun folgendes mit:

„Gestern abend gegen 10 Uhr, bei der Rückkehr von einem Spaziergang und in Begleitung von 4 meiner Kameraden, dem Korporal Prout, und der Soldaten Brunard, Brasseur und Eilennot, verließen wir die Friedrichstraße um uns auf die Straße Unter den Linden zu begeben, als an der Ecke dieser beiden Straßen ein Deutscher, der sich unter der promenierenden Menge befand, auf uns zukam und uns durch eine heftige Anrempelung zwang, das Trottoir zu verlassen. Wir hielten es für richtig, ihn nach dem Grund seines brutalen Betragens zu fragen; die Passanten, die um diese Zeit sehr zahlreich waren, bildeten sogleich eine kompakte Gruppe um uns. Ein deutscher Soldat, der Zeuge dieser Szene war, riet uns, unseren Weg fortzusetzen, was wir auch taten, nachdem wir ihm vorher erklärt hatten, daß wir alle mit ordnungsmäßigen Ausweisen versehen wären, welche vom Kriegsministerium ausgestellt seien und daß wir das Recht hätten, uns frei in Berlin zu bewegen.

Als wir ungefähr am Café Hiller ankamen, blieben zwei von uns stehen, um sich eine Zigarette anzuzünden; die Menge, welche uns gefolgt war, umschloß uns von neuem. Wir versuchten, hindurchzukommen und es ist wahrscheinlich, daß die Sache nicht weiter gegangen wäre, wenn nicht einige egaltierte Personen hinzugekommen wären, die, aus der Ueberzahl Nutzen ziehend, den Soldaten Eilennot mit der Faust auf den Kopf schlugen. Das war das Zeichen für das Handgemenge; von allen Seiten, Fußtritte, Faustschläge, Stockschläge usw. (wir tragen noch die Spuren davon), während wir versuchten, uns zu verteidigen, ohne Waffen, so gut es ging.

Das Hauptopfer der Menge geworden, gelang es mir, ihn dessen durch Faustschläge und mit einem Stuhl bewaffnet, mich zu beschützen und mir bis zur Tür eines in der Nähe liegenden Cafés einen Weg zu bahnen, wohin ich mich mit meinen Kameraden rettete, begleitet von Polizeibeamten, die sich inzwischen eingefunden hatten. Ich habe mich nachher mit meinen Kameraden auf dem Polizeirevier in der Mittelstraße Nr. 37 wieder gefunden, wo wir obige Tatsachen zu Protokoll gegeben haben. Ich glaube, noch die besondere Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken zu müssen, daß deutsche Soldaten, unter denen wir Offiziere bemerkt haben, bereits ihr Seitengewehr gezogen hatten, um davon gegen uns Gebrauch zu machen, als es uns glückte, zu entkommen."

Zwischen dem Polizeibericht und der Darstellung des französischen Soldaten bestehen also erhebliche Differenzen. Die Polizei, die die Angaben des Sergeanten zu Protokoll nahm, hat aber anscheinend auf sie kein Gewicht gelegt, sondern den Behauptungen des Pöbels mehr Glauben geschenkt, der die Franzosen bedrängt hat. Besonders bemerkenswert ist, daß sich nach den Angaben der Franzosen unter der Menge Offiziere befunden haben.

Die Anpöbelungen der französischen Soldaten sind also in der Nacht zum Sonnabend wiederholt worden, ihnen ist ein Soldat zum Opfer gefallen, er ist auf der Flucht erstochen worden, der Täter konnte sich in Sicherheit bringen.

Es muß hervorgehoben werden, daß die französischen Offiziere und Soldaten, wie es Kulturmenschen geziemt, außer Dienst keine Waffen tragen, während die Noskeregierung ihre Offiziere und Soldaten nach wie vor schwer bewaffnet herumziehen läßt. Die Ermordung des unbewaffneten französischen Soldaten ist also ein besonders feiger und niederträchtiger Akt. Er zeigt wieder einmal, welchen Grad die Verrohung und Verhetzung unter einem Teil der Leute erreicht hat, auf die die Noskeregierung sich stützt.

Natürlich wird der Vorfall weitere Folgen nach sich ziehen, und es ist zu fürchten, daß für die vollendete Unfähigkeit des Noske, Ordnung unter seinen Leuten zu halten und die öffentliche Sicherheit gegen seine Offiziere und Soldaten zu schützen, das deutsche Volk wird büßen müssen. Denn es ist klar, daß solche Niederträchtigkeiten die feindselige Stimmung gegen Deutschland in Frankreich steigern, daß der Haß geschürt wird, anstatt abgebaut zu werden. Deshalb ist es notwendig, daß sofort die strengsten Maßnahmen ergriffen werden. Vor allem fordern wir, daß die Noskeleute außerhalb des Dienstes ohne Waffen und die Offiziere ohne Uniform herumgehen. Es wird auch gut sein, dafür zu sorgen, daß die radaulustigen Elemente sich nicht allzu viel nachts in den Straßen herumtreiben. Daß die Mordtat selbst ihre Sühne finden muß, ist selbstverständlich.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Einer Havasdepesche zufolge hat Clemenceau den Befehl gegeben, mit dem Abtransport der Kriegsgefangenen aus den Lagern am Montag früh zu beginnen. Die Transporte sollen auf rechtsrheinischem Gebiet von deutschen Behörden übernommen werden. Wie Herr M. Schlesinger, der Leiter der Kriegsgefangenenabteilung im Kriegsministerium in einer gestrigen Sitzung von Vertretern der Interessenverbände der Kriegsgefangenen und der Kommunalverwaltungen Groß-Berlins berichtete, werden die Zurückkehrenden von den Uebernahmestationen auf einige Tage nach Durchgangslagern gebracht, wo ihre Entlassung und Abfindung sämtlicher Ansprüche erfolgen soll. Außer dem üblichen Entlassungsgeld von 50 M. erhält jeder Zurückkehrende die Gebührnisse für einen zwöchigen Urlaub. Von den Durchgangslagern erfolgen Transporte nach besonders eingerichteten Kriegsgefangenenämtern, von wo dann die Entlassung erfolgt. Für Berlin ist als Heimkehrstelle Tempelhof bestimmt; und es kann mit dem Eintreffen der ersten Gefangenen in ein bis zwei Wochen gerechnet werden. Bei besonderer Bedürftigkeit können aus den oben genannten Summen Beihilfen von 100—300 Mark gezahlt

---

Praktische Fragen der Volkshochschule.

Von Richard Seidel.*)

Will die Volkshochschule ihren hohen Aufgaben genügen, dann muß sie in der Stoffauswahl und Stoffbehandlung neue Wege gehen, ohne aber durch die Suche nach erkünstelten Konstruktionen oder durch Experimente Kräfte zu vergeuden. Der Erfolg der Bildungsarbeit der sozialdemokratischen Partei beruhte darauf, daß sie ihre Themen vorwiegend den Stoffgebieten entnahm, die den geistig strebenden Arbeiter am meisten lockten, weil sie ihm am notwendigsten erschienen. Das Denken des Arbeiters wird vor allem angeregt durch seine Klassenlage. Am tiefsten bewegt ihn die Frage nach den Zusammenhängen im Gesellschaftsleben, nach den Ursachen der sozialen Zustände, die ihn täglich umgeben und ihn mit zwingender Gewalt zum Kämpfer machen, wie denn überhaupt zu beobachten ist, daß der geistig ringende Arbeiter sich nicht mit trockenem Tatsachenwissen begnügt, sondern bemüht ist, in die Zusammenhänge des Geschehens einzudringen. Den Satz des Kulturministeriums, die Volkshochschule hat „vom Wissen zum Begreifen, vom Eindruck zum Erlebnis zu führen", wollen wir darum gern unterschreiben. Und die Erfolge der Parteibildungsarbeit im Proletariat können der aufblühenden Volkshochschulbewegung vielleicht ein Fingerzeig sein, dem sie folgen kann, ohne damit zu einem Instrument einer Partei zu werden. Sie muß die sozialen Wissenschaften, die Oekonomie im weitesten Sinne, die Geschichtsforschung, soziale Ethik und soziale Gesetzgebung und die Naturwissenschaften in den Vordergrund stellen. Und sie muß allen Methoden wissenschaftlicher Forschung freies Spiel gewähren, muß der Methode des Marxismus endlich jenen Rang unter den Arbeitsmethoden der Wissenschaft zugestehen, den sie sich selbst erkämpft hat und den ernste Forscher längst nicht mehr leugnen. Sie muß diesen Schritt aus der Dumpfheit verzopfter Vorurteile ins Freie tun, weil die Arbeiterschaft die Anwendung der Methode des Marxismus in den sozialen Wissenschaften fordern wird. Erklärt die Volkshochschule die „Wissenschaft und ihre Lehre" somit wirklich für frei, wird sie auf solche Weise zugleich zu einer Stätte des Messens der geistigen Kräfte, dann wird die Arbeiterschaft ohne Bedenken freudigen Herzens mitarbeiten. Ernsthaft zu überlegen ist nur, ob der Sozialismus als wissenschaftliche Disziplin in die von der Volkshochschule zu pflegenden Stoffgebiete aufzunehmen ist. Er ist noch zu sehr Gegenstand des Parteistreites und der Zeitungspolemik und sollte daher zunächst den Bildungsinstituten der politischen Parteien überlassen bleiben.

Die Methode der Anknüpfung an die Berufsarbeit, die von anderer Seite vorgeschlagen wird, erscheint uns wenig fruchtbar. Der Arbeiter betrachtet die Berufsarbeit zunächst noch ganz und gar als Broterwerb, sogar als Last. Der hohe sittliche Gehalt der Arbeit konnte ihm unter dem Kapitalismus nicht erkennbar werden. Darum will er „nach Feierabend" so wenig wie möglich von seinem Beruf hören. Wir haben im Rahmen der Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung mit solchen Versuchen Erfahrungen gemacht, die uns nicht gerade zur Wiederholung der Versuche reizen.

Nun liegt allerdings der Gedanke nahe, daß die echte Volkshochschule die arbeitende Bevölkerung zur Erkenntnis der sittlichen Werte führen soll, die in der Arbeit liegen. Aber das erscheint uns als ein Ziel der Hochschularbeit, das erreicht werden kann durch Erziehung zu ökonomischem Denken, nicht als Ausgangspunkt.

Frei halten muß sich die Volkshochschule von einer platten Popularisierung, die, um mit Popularität zu prunken, die Schwierigkeiten der Probleme überspringt und Gradlinigkeiten konstruiert, die keiner ernsten wissenschaftlichen Prüfung standhalten. Eine solche Popularisierung führt zu jener verderblichen Halbbildung, die es gerade zu bekämpfen gilt.

Und darum soll die Volkshochschule nicht sogleich ein Institut für Massenbildung sein. Sie muß sich allerdings an den letzten Arbeiter wenden, wie wir schon hervorgehoben haben. Wie sie keine Abgangszeugnisse ausstellt, so darf sie auch keine Aufnahmeprüfung kennen. Aber sie soll nicht dem falschen Ehrgeiz huldigen, zahlenmäßig sofort den letzten Arbeiter aufzunehmen.

„Die Volkshochschule sucht ihren Zweck vorwiegend zu erreichen durch sachgemäß gegliederte und miteinander in Verbindung stehende Vortragsreihen mit anschließenden Aussprachen, selbständigen Arbeiten, Uebungen und Lehrausflügen." So heißt es in den Satzungen einer eben entstehenden Volkshochschule einer großen Stadt. Die Kurse sollen Arbeitsgemeinschaften der Hörer und Lehrer sein, womit auch die Lehrmethode dem Willen der Lernenden unterstellt wird, soweit das möglich ist. Mit Recht lautet ein weiterer Satz im Programm der erwähnten Schule: „Durch Organisation und Unterrichtsmethode bringt sie (die Volkshochschule) zum Ausdruck, daß sie keine dem Volke fertig dargebotene Anstalt, sondern in ihrer Gestaltung durch den Willen des Volkes bestimmt ist."

In den geistigen Arbeitsgemeinschaften wird die Volkshochschule den Hörern einen abgeschlossenen Bildungskomplex erschließen und vermitteln. Wer den Wissensstoff, der in einer Anzahl von Vortragsreihen geboten wird, dank der Methode des Unterrichts selbständig verarbeitet hat, muß wissen, daß er etwas Fertiges besitzt, auch ohne daß ein Zeugnis ihm diesen Besitz bestätigt. Damit indes nicht gesagt sein soll, daß irgendein Zwang zur Innehaltung eines bestimmten Lehrganges oder zum Besuch bestimmter Vortragsreihen ausgeübt werden soll. Die Wahl der Kurse muß dem Hörer absolut frei stehen, bei der Aufstellung des Lehrplans muß jedoch das Prinzip, die einzelnen Vortragsfolgen einem abgerundeten Lehrplan einzugliedern, entscheidende Geltung haben.

Nun ist allerdings zu erwarten, daß viele Arbeiter zunächst nicht den Mut haben werden, in den Arbeitsgemeinschaften, die sofort gewisse Anforderungen an die Mitarbeit das Lernenden stellen, zu hören. Es wird zunächst die Aufgabe der Lehrer sein, das Vertrauen der Hörenden zu sich selbst zu stärken. Die Volkshochschule muß daher ihre Lehrer nach anderen Grundsätzen auswählen, als die alten Bildungsanstalten des Staates; sie muß an das Wissen wie an das Menschentum und das soziale Verhalten der Lehrenden gleich hohe Forderungen stellen. Ein stocksteifer Oberlehrer wird sich zum Lehrer an der Volkshochschule schlecht eignen, wenn er ein noch so gelehrtes Haus sein, während ein Arbeiterführer, der noch nie auf einem offiziellen Katheder stand, alle Eigenschaften eines Volkshochschullehrers in sich vereinen kann. Zwischen Schulleitung, Lehrern und Schülern muß von vornherein ein engstes Vertrauensverhältnis bestehen, das den Hörern nicht zuletzt dadurch zum Bewußtsein gebracht wird, daß Vertrauensleute der Lernenden bis in den Vorstand hinein vertreten sind und maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Schule erhalten. So [illegible] macht und die Schüchternheit vieler Arbeiter, denen die Volksschulbildung als zu schmale Basis für den Besuch wissenschaftlicher

*) Aus der soeben erschienenen Nr. 28 der unabhängigen Wochenschrift „Der Sozialist".

werden, die in besonderen Fällen bis auf 600 Mark erhöht werden können. Das Reich hat hierfür 150 Millionen bereitgestellt.

Wie die „Telegraphen-Union" aus Breslau noch meldet, hat die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus den Ost- und Südgebieten bereits begonnen. Auf dem Bahnhof Annaberg an der oberschlesisch-tschechischen Grenze sollen bereits die Transporte angekommen sein.

Zur Erhöhung des Brotpreises.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft der Nationalversammlung setzte gestern die Beratung der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse fort. Minister Schmidt erklärte zu Beginn der Verhandlungen, daß nach seinem früheren Vorschlag die notwendige Erhöhung von 100 Mark pro Tonne zu Lasten des Reiches gehen soll, sofern der Grundpreis von 400—415 Mk. nach dem Vorschlag der Regierung Gesetz wird. Dieser Reichszuschuß soll zunächst bis zum 1. Oktober 1919 gezahlt werden.

Die Regierung beruft sich darauf, daß der Preis für Inlandsmehl nur 450 Mk. gegenüber 1000 Mk. für Auslandsmehl beträgt. Es sei häufig vorgekommen, daß infolgedessen inländisches Mehl über die Grenze geschmuggelt und dann als Auslandsmehl wieder eingeführt worden sei. Anstatt nun endlich durch schärfere Bewachung der Grenzen weitere Schiebungen unmöglich zu machen, gibt die Regierung den Agrariern einen Milliardenzuschuß, der letzten Endes nur die große Masse der Bevölkerung trifft.

Die Spitzelwirtschaft.

Die Reichsregierung hat bekanntlich abgestritten, daß es Spitzelbureaus gibt, die im amtlichen Auftrage arbeiten und aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Diesen heuchlerischen Ableugnungsversuchen, die ja in der ebertinischen Republik an der Tagesordnung sind, stellen wir noch folgendes Dokument entgegen:

Schloß Coppenberg bei Lünen, den 17. 6. 19

1. Westf. Reichswehrbrigade VII,
Korps v. Bergmann Nr. 1230.

Persönlich!

Es ist mir zur Kenntnis gebracht worden, daß die Berichte der Polizeibeamten über von ihnen überwachte Versammlungen häufig im Widerspruch zu den Berichten von geheimen Vertrauensleuten stehen. Der Grund hierfür soll in der persönlichen Angst der Beamten vor der Rache der Arbeiter liegen. Die Berichte wurden bisher meist auf dem üblichen Amtswege auch von den Mitgliedern der Arbeiterräte gelesen. Ich bitte daher, in Zukunft veranlassen zu wollen, daß derartige Versammlungsberichte ohne Unterschrift der Beamten lediglich durch die zuständigen höheren Polizeibeamten bzw. Amtsmänner an den Landrat bzw. Oberbürgermeister persönlich und von diesem an die zuständige militärische Stelle weitergegeben werden.

gez. v. Bergmann,
Generalleutnant.

Der Reg.-Präsident Düsseldorf, den 24. Juni 1919
Mob. 15 118.

Abschrift übersende ich zur weiteren Veranlassung.
Zusatz für die Landräte:
Abdrücke für die Bürgermeister liegen bei.

von Haugewitz.

An den Herrn Polizeipräsidenten in Essen.
die Herren Landräte und Oberbürgermeister
im unbesetzten Gebiet außer Essen und Oberhausen.
Eigenhändig.

Hier wird also der ganze behördliche Apparat in Bewegung gesetzt, um den amtlichen Spitzelbetrieb auf eine zuverlässigere Basis zu stellen. Militär- und Zivilbehörden arbeiten dabei Hand in Hand. Jedenfalls beweist auch dieses Dokument wieder, daß die Republik des Herrn Ebert tiefer in dem politischen Sumpf steckt als jemals die kaiserliche Regierung unter Wilhelm Hohenzollern.

Das tschechische Programm.

Prag, 10. Juli.

In der Nationalversammlung hielt Ministerpräsident Tusar seine Programmrede. Bezüglich der Slowakei erklärte er, die Verhältnisse seien noch nicht konsolidiert und man müsse sich daher auf die bewaffnete Macht verlassen. Er danke den Franzosen und Italienern für die Hilfe gegen Ungarn. Die Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten werde aufgehoben werden, sobald die Slowakei nicht mehr bedroht sei.

In der äußeren Politik würden weiterhin die freundschaftlichen Beziehungen zu den Alliierten gepflegt und vertieft. Mit allen übrigen Staaten sollen gute Beziehungen aufrecht erhalten werden.

Ueber die innere Politik sagte der Ministerpräsident, daß für das Zusammenleben mit den nationalen Minderheiten die Prinzipien der Demokratie Geltung haben sollten, die für alle Bürger des Staates Gleichheit vor dem Gesetz bedeuteten.

Zur Ernährungsfrage bemerkte Tusar, das Getreide solle weiter staatlich bewirtschaftet werden. Die Regierung wolle dem Abschluß von Handelsverträgen besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Organisation der Produktion will die Regierung größte Aufmerksamkeit schenken unter Berücksichtigung der Kräfte des Sozialismus und der Ideale des arbeitenden Volkes, wobei sie sich aber bewußt sei, daß der Produktionsmechanismus keine gewaltsamen Eingriffe vertrage.

In den nächsten Tagen erscheint:

Die

Münchener Tragödie

Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räterepublik München.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Vorgeschichte der Münchener Tragödie. — Die Räterepublik. — Die Militarisierung Bayerns. — Die Erschießung der Geiseln. — Der weiße Terror. — Bilder aus den „Befreiungstagen" Münchens. — Die Zahl der Todesopfer. — In den Gefängnissen. — Der Hochverratsprozeß gegen Lewiné. — Die Lehren der Tragödie.

Umfang 48 Seiten. Preis 75 Pf.

Bestellungen sind schon jetzt zu richten an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Abt. Buchhandlung, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.

Der französische Proteststreik.

Ein Bekenntnis zur Revolution.

Der gestrige „Populaire" berichtet über die Entscheidung der französischen Eisenbahner, am 21. Juli sich an dem Generalstreik in ganz Frankreich zu beteiligen. Nach seinen Angaben unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß trotz aller Drohungen der französischen Regierung, die die Streikenden sogar mit den Kriegsgerichten einzuschüchtern sucht, am 21. Juli kein Personen- und kein Güterzug verkehren wird und alle Bahnhöfe geschlossen bleiben werden. Der „Populaire" erinnert an den Streik des 1. Mai, an dem die Eisenbahner nur zum kleinen Teile und nur für wenige Stunden teilgenommen haben. Die Umstände, schreibt er, die damals die Eisenbahner bewogen haben, sich nicht vollständig am Streik zu beteiligen, um nämlich keine Störung in das wirtschaftliche Leben zu bringen, bestehen zwar heute auch noch, aber die Lage hat sich zu sehr geändert, als daß sich die Eisenbahner noch mit einem Teilstreik begnügen können. Denn die Regierung habe nichts getan, um die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Der Belagerungszustand ist bestehen geblieben, die Zensur wütet wie früher, das Leben wird von Tag zu Tag teurer und der Krieg gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wird ununterbrochen fortgesetzt.

Der „Populaire" richtet schließlich folgenden letzten Brief an die regierenden Kreise, der in ganz gleicher Weise auch von deutschen Arbeitern an diejenigen gerichtet werden könnte, die bei uns das alte Regime fortzusetzen suchen. Er schreibt:

„Wir stehen in einem Zeitpunkte, wo die Lohnerhöhungen allein nicht die furchtbare Krise lösen können, die der Krieg verursacht hat. Jetzt heißt es, das soziale Gebäude auf neuem Grund bauen. Mehr und mehr durchdringt diese Notwendigkeit die innersten Massen des französischen Proletariats. Diejenigen, die unter den Störungen, die der Streik hervorrufen wird, leiden werden, sie mögen die Bourgeoisie dafür verantwortlich machen. Sie war es, die die Völker in den Krieg getrieben hat, und sie wird auch nicht den revolutionären Folgen dieses Unglückes entgehn, den sie herbeigeführt hat."

Es unterliegt keinem Zweifel, berichtet das Blatt an anderer Stelle, daß ebenso einmütig wie die Eisenbahner, alle anderen Angestellten und Arbeiter ganz Frankreichs den 21. Juli zu einem Tage des gewaltigsten Protestes machen werden.

Die Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung in Italien.

Bern, 11. Juli.

Die Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung scheint in ganz Italien im Abnehmen begriffen. Trotzdem bringen die Zeitungen täglich Nachrichten über neue Zusammenstöße, bei denen es, wie zum Beispiel gestern in Padua, Tote und Verwundete gab. Wie jetzt in den Wandelgängen der Kammer bekannt wird, wollte der sozialistische Abgeordnete Lucci in Neapel einen Arbeiter- und Soldatenrat einrichten, was nur infolge des energischen Einschreitens des ebenfalls sozialistischen Bürgermeisters von Neapel verhindert wurde. Man sieht aber die Lage in Neapel noch als bedrohlich an. Die Wasserwerke streiken weiter, und man befürchtet neue Sabotageakte. In Rom herrscht wieder normales Leben. Sowohl aus der Hauptstadt wie aus anderen Mittelpunkten treffen ernste Nachrichten über Warenmangel ein.

Mißerfolge der finnischen weißen Garden.

Helsingfors, 11. Juli.

Die Katastrophe der finnischen Freikorps in Olanaly tritt immer vollständiger zutage. Die Freikorps, unter denen sich zahlreiche Angehörige der finnischen Schutzkorps befinden, flüchten aufgelöst unter Zurücklassung des Gepäcks, der Munition und der Verwundeten. Auch die nördliche Gruppe ist zum Rückzug gezwungen und fast ganz Südkarelien ist in den Händen der Roten. Schwedische, die sengend und mordend die Dörfer durchziehen und an der unglücklichen Bevölkerung grausame Rache nehmen. — An der finnischen Grenze und in Finnland herrscht tiefe Niedergeschlagenheit, während die Neigung zu Unternehmungen gegen Petersburg fast gänzlich geschwunden ist, betrachtet man mit steigender Sorge die von der Olonayer Grenze drohende Gefahr südlich des finnischen Meerbusens zog sich das russische Nordkorps während der letzten Tage auf der ganzen Linie zurück und nimmt jetzt Stellungen ein, die westlich Wruda verlaufen.

Sieg der schwedischen Seeleute.

Eigene Drahtnachricht der „Freiheit".

Stockholm, 12. Juli.

Der viertägige allgemeine schwedische Seemannsstreik ist nach vollständigem Siege der Arbeiter beendigt worden. Achtstunden-Arbeitstag und Lohnerhöhung wurden erreicht.

Schwedens größte Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, hat demnächst einen Kongreß. In der Delegiertenwahl bekamen die Radikalen, linkssozialistische Richtung in Stockholm von 23 Mandaten 19, in Gothenburg von 19 Mandaten 18.

Ende des Streiks in Lancashire.

Manchester, 11. Juli. (Reuter.)

Die Baumwollspinner haben mit 130 gegen 22 Stimmen beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

Verwaltungsreformen in England.

Amsterdam, 12. Juli.

Bonar Law hat im Unterhause mitgeteilt, daß die Regierung die Ernennung einer parlamentarischen Kommission vorgeschlagen habe, die über die Frage der Dezentralisation der Verwaltung für England, Irland und Schottland Bericht erstatten solle.

Wahlreform in Luxemburg. Die Kammer hat das neue Wahlgesetz angenommen.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes Berlin.

Die am 7. Juli stattgefundene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin nahm den Kassenbericht und den Bericht der Revisoren entgegen und vollzog die Wahl zur engeren Ortsverwaltung. Ferner wurden die an die Verwaltung gelangten Anträge erledigt und Stellung genommen zu den Forderungen, die die Berliner Metallarbeiter an die Unternehmer zu stellen gedenken. Der Kassenbestand der Hauptkasse am 1. Januar 1919 betrug 101 184,84 M., die Gesamteinnahmen 2 199 374,72 M. Das erste Quartal 1919 erforderte einen Zuschuß von 800 000 M. Der Kassenbestand am 1. April 1919 betrug 823 535,75 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse am 1. Januar 1919 betrug 2 238 840,59 M., am 1. April 1919 2 105 059,34 M., so daß also auch hier die Ausgaben größer als die Einnahmen waren. Der Bericht der Revisoren ergab die Richtigkeit der Abrechnung und beantragten dieselben, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Diese Entlastung wurde dem Kassierer einstimmig erteilt. Die Wahl zur engeren Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wahl des Kollegen Heinrich Wehrle, Maschinenschlosser, als Beisitzer, und des Kollegen Karl Krüger, Kernmacher, als Revisor. Die Generalversammlung nahm nunmehr Stellung zu den Lohnforderungen der Berliner Metallarbeiter. Einstimmig wurde nach kurzer Debatte folgende Entschließung angenommen: „Die heute tagende Generalversammlung des D. M.-V. beauftragt die Ortsverwaltung, dem Verband Berliner Metallindustrieller sowie denjenigen Arbeitgeber-Organisationen, die bisher mit uns im Kollektivvertragsverhältnis standen, folgende Forderung zu unterbreiten: Für gelernte Metallarbeiter 8,50, für angelernte Metallarbeiter 8,30, für ungelernte Metallarbeiter 8 Mark Stundenlohn. Gelernte weibliche Arbeiter sollen den Lohn der gelernten Männer erhalten, sonstige weibliche Arbeiter 75 Prozent des Männerlohnes. Für die Jugendlichen bis zu 16 Jahren 1,20—1,50, für die Jugendlichen von 16—18 Jahren 1,50—2 Mark Stundenlohn. Lehrlinge im ersten Jahr 20 M. Wochenlohn, Lehrlinge im zweiten Jahr 30 M. Wochenlohn, Lehrlinge im dritten Jahr 40 M. Wochenlohn. Wird entgegen unseren Vorschlägen ein 4. Lehrjahr vereinbart, so soll dann der Wochenlohn auf 50 M. steigen. Sollten die obengenannten Arbeitgeber-Organisationen Verhandlungen über die vorstehenden Lohnforderungen ablehnen, so ist die Ortsverwaltung beauftragt, sofort eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Stellungnahme einzuberufen."

Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag konnte nicht vorgenommen werden, da der Bevollmächtigte Tost von der Beiratssitzung in Nürnberg ein Telegramm sandte, nachdem der Beirat das Wahlreglement geändert hatte. Die Aufstellung der Kandidaten soll Branchenweise folgen, nähere Mitteilungen darüber werden unseren Kollegen durch die Branchenvertreter gemacht werden. Bei Beratung der Anträge wurde ein Antrag des Kollegen Nadel, der die Entlohnung der Metallarbeiter nicht mehr nach Berufsgruppen, sondern nach dem Stand des Arbeiters (ob verheiratet, ledig oder jugendlich) durch die vorstehende Entschließung als erledigt betrachtet. Ein Antrag des Kollegen Persike, der zur Beseitigung der im paritätischen Arbeitsnachweis vorhandenen Mißstände die Einsetzung einer Kommission verlangt, wurde der Verwaltungskommission der paritätischen Arbeitsnachweise überwiesen. In der Debatte über diesen Antrag wurde von den einzelnen Rednern besonders die Willkür der Unternehmer bei der Anforderung von Arbeitskräften verurteilt. Die Arbeitslosen verlangen, daß sie nicht unnötig Arbeit vermittelt erhalten und daß von z. B. 20 angeforderten Arbeitskräften nur 10 eingestellt werden. Alle vorgebrachten Beschwerden wurden gleichfalls der Verwaltungskommission zur Erledigung überwiesen. Mehrere bei der Ortsverwaltung eingelaufene Anträge wünschen eine Aenderung in der Zusammensetzung der Generalversammlung. Auf Vorschlag des Bevollmächtigten Rasch wurde eine Kommission, bestehend aus 5, in der Generalversammlung gewählten und 5 in der Ortsverwaltung zu wählenden Kollegen eingesetzt, die unter Vorsitz eines Bevollmächtigten in der nächsten Generalversammlung positive Vorschläge machen soll. Die zur ordentlichen Generalversammlung des Verbandes am 8. September 1919 eingelaufenen Anträge befassen sich in der Mehrzahl mit der Abänderung des Statuts. Eine Reihe dieser Anträge wurden angenommen. Ein Antrag der Rohrleger sowie der Elektromonteure auf Einberufung einer Reichskonferenz wurde gleichfalls angenommen, ebenso stimmte die Generalversammlung einem Antrage des Kollegen Tost zu, der zu Punkt 2 der Tagesordnung des Verbandstages „Arbeitsgemeinschaften" ein Korreferat, gehalten von dem Kollegen Müller, verlangte. Als letzten Antrag erledigte die Generalversammlung folgenden Antrag der Jugendkommission: „Für die Lehrlinge der Metallindustrie ist eine monatlich erscheinende Jugendzeitung vom Verband herauszugeben, die den jugendlichen Mitgliedern frei zuzustellen ist. Im wesentlichen sei der Inhalt der Zeitung „Gewerblicher Jugendschutz", „Jugendgesetze", „Technik und Wirtschaft", „Gewerkschaftliches und Jugendbewegung", „Schulwesen und bildende Unter-

---

licher Bildung erscheint, jedoch nicht. Tausende haben längst durch ernste Arbeit an sich selbst einen Wissensfonds gesammelt, der ihnen wohl den Mut gibt, nach dem zu streben, was die Volkshochschule bietet. Um die Deckung des Bedarfs an Hörern braucht uns darum fürs erste nicht bange zu sein, zumal die Volkshochschulen gut daran tun werden, ihren Umfang nicht sogleich allzu groß zu gestalten, sondern durch allmählichen Ausbau unter steter Selbstkritik hineinzuwachsen in ihr Arbeitsfeld.

Dennoch müssen die Volkshochschulen ihr Augenmerk auf die Vorbereitung ihres Nachwuchses richten. Solange die allgemeine Schule den Volkshochschülern keine tragfähige Basis ihres Strebens gibt, werden die Bildungsanstalten der politischen Parteien und des freien Volksbildungswesens, die dem Teilnehmer Gelegenheit geben, im stillen Hören die eigenen Fähigkeiten zu erkennen, zur Vorbereitung auf die Arbeit in der Volkshochschule beitragen können. Diese Bildungsanstalten müssen neben der Volkshochschule ungehindert fortbestehen.

Es entsteht nun die Frage, ob die Volkshochschule die erwähnten Bildungseinrichtungen, wenn sie ihnen den Charakter eines vorbereitenden Schulstadiums zuerkennen kann, dauernd sich selbst überlassen, oder ob sie nicht vielmehr versuchen soll, allmählich Einfluß auf sie zu gewinnen? Wir wollen diese Frage hier nur berühren. Einstweilen werden die Volkshochschulen der Gemeinden mit dem Ausbau ihrer eigenen Einrichtungen zu tun haben, durch deren großes Beispiel sie aber zugleich die fernstehenden Volksbildungsgelegenheiten befruchten werden. Mit der Zeit aber müssen sie unseres Erachtens danach streben, durch Publikationen und Konferenzen unmittelbar anregend und richtunggebend auf die übrigen Bildungsstätten zu wirken, und so durch allmählichen, aber nicht allzu furchtsam betriebenen Aufbau ein kommunales Volksbildungsamt zu errichten, in dessen Mittelpunkt die Volkshochschule der Gemeinde steht. —

Ist die kommunale Volkshochschule durch solche Organisation und Methode fest fundiert im Volke selbst, beruht ihre Existenz und Zielsetzung nicht einseitig auf dem Gemessen eines wohlweisen Magistrats und Lehrerkollegiums, so ist ihr Bestand in dieser wechselvollen Zeit auch weniger den wogenden Strömungen in der großen Politik ausgesetzt.

sältung". Der technische Teil ist besonders auszubauen. In der Diskussion über diesen Antrag wurde von allen Rednern die Zersplitterung in der Jugendbewegung bedauert und die Notwendigkeit, Schulung und Bildung unserer Jugendlichen befürwortet. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Mit einem Appell, für die inhaftierten Kollegen eine Sammlung zu veranstalten, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Die Maschinenarbeiter des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlins nahmen in einer Branchenversammlung am 7. Juli d. J., nachdem vorher der Kollege Thielemann als Branchenleiter und Obmann für Bez. Osten und Kollege Klein als Obmann für Bez. Norden gewählt wurde, den Bericht vom Verbandstag entgegen. In eingehender Weise gab Kollege Mensch den Bericht. Allgemeine Bewegung machte sich in der Versammlung bemerkbar als er berichtete daß sämtliche Anträge der Opposition abgelehnt wurden, auch wenn sie für die Interessen des Verbandes notwendig waren. Die Entrüstung steigerte sich als berichtet wurde, daß sogar die Ausschußanträge gegen den früheren Koll. Noske, jetzigen Reichswehrminister, den Koll. Dammer und Gauvorst. Meyer abgelehnt bzw. daß darüber zur Tagesordnung übergegangen wurde. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die am 7. Juli 1919 im „Englischen Hof", Alexanderstr. 27c, versammelten Maschinenarbeiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin nehmen mit Entrüstung Kenntnis, daß Leute wie Noske, Dammer und Gauvorsteher Meyer, welche in unerhörter Weise gegen die Interessen der Arbeiterschaft verstoßen und eine gewisse Blutschuld gegen organisierte Arbeiter auf sich geladen haben, vom Verbandstag nicht ausgeschlossen wurden resp. zur Tagesordnung übergegangen wurde und Dammer noch weiterhin als Sekretär seine Tätigkeit ausübt; die Kollegen sehen dieses als Brüskierung der Arbeiterschaft an. Die Versammelten erklären sich mit der Tätigkeit der Berliner Delegierten auf dem Verbandstag einverstanden und versprechen, dahin zu wirken, daß auf dem nächsten Verbandstag ein wirklicher sozialistischer Geist herrscht."

Die Arbeiterratswahl für das Rohrlegergewerbe ergab folgendes Resultat: Abgegebene Stimmen 467, ungültig 16. Liste Nr. 1 U. S. P. D. 335, S. P. D. 118.

Groß-Berlin.

Zum Verkehrsstreik.

Ein Vergleichsvorschlag.

Ueber die Verhandlungen, die am Freitag im Gebäude der Großen Berliner Straßenbahn eingeleitet wurden, wird mitgeteilt, daß folgender Vergleichsvorschlag zustande gekommen ist:

„Die Verhandlungskommission verpflichtet sich, den Streikenden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, wenn die Arbeitgeber sich ihrerseits bereit erklären, dem Personal nach Aufnahme des Betriebes einen Vorschuß von 300 Mark sofort zu zahlen. Insoweit dieser Vorschuß eine etwa von dem Hauptausschuß endgültig festzusetzende Wirtschaftsbeihilfe übersteigt, ist er in Raten zu den Lohnterminen innerhalb dreier Monate vom Tage der Fällung des Schiedsspruches ab gerechnet zurückzuzahlen. Insoweit die von der Hochbahngesellschaft erst Ende vorigen Monats gezahlten Wirtschaftsbeihilfen den Betrag von 300 Mark erreichen oder übersteigen, wird ein Vorschuß nicht gezahlt. Die Parteien sind darüber einig und verpflichten durch diese Erklärung ihre Auftraggeber dahin, daß der zu fällende Schiedsspruch des Hauptausschusses für alle in den beteiligten Organisationen befindlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer endgültig und bindend ist."

Die Aussprache war eine unverbindliche. Sie fand statt zwischen den Arbeitgebern und den Vertretern der Organisationen der Arbeiter, die bisher an den Verhandlungen noch nicht teilgenommen hatten. Die Zentralstreikleitung war nicht vertreten.

Ein Phantasieprodukt.

In der „Berliner Morgenpost" wird über die Streikenden gesagt, daß nicht anzunehmen sei, daß die Streikenden über genügend Streikgelder verfügten. Der Transportarbeiterverband zahle ihnen nichts, wenngleich die Ausständigen sogenannte Kontrollkarten besäßen. Allerdings argwöhne man, daß ihnen Unterstützung aus dem Ausland, in erster Reihe aus Ungarn und Rußland, zufließt; doch dürften diese Summen bei weitem nicht ausreichen, um die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ausständigen zu decken.

Der Hinweis auf ausländische Gelder gehört zu den Phantasieprodukten, die verbreitet werden, um die Bewegung zu verunglimpfen und zu verdächtigen. Es soll wieder einmal das Märchen aufgewärmt werden, als hätten Ausländer die Hände im Spiel, ein bei jeder Revolution altes abgedroschenes Rezept!

An die Techniker!

Der Bürgerrat von Groß-Berlin hat bekanntlich an die Techniker die Aufforderung gerichtet, in die Betriebe der bestreikten Verkehrsgesellschaften hineinzugehen und die Arbeit der Streikenden zu übernehmen. Am Freitag abend hat die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker zu diesem Aufruf Stellung genommen und beschlossen, die Kollegen aufzufordern, sich unter keinen Umständen zu Streikbrecherdiensten herzugeben. Wir erwarten, daß die gesamten Techniker diesem Beschluß Folge leisten und jede Streikbrecherarbeit entschieden ablehnen.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker:
Petersen. Schneideragus. Muth.

Warnung!

Nach meiner Freisprechung wird von einigen unsauberen Elementen versucht, Mitglieder des ehemaligen Roten Soldatenbundes in das ehemalige Verkehrslokal desselben bei Hummel, Sophienstraße 6, zu locken, um sie für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Ich warne alle ehemaligen Mitglieder und Freunde des Roten Soldatenbundes, in die gestellte Falle zu gehen und sich mißbrauchen zu lassen. Es handelt sich um eine Spitzelorganisation; der Rote Soldatenbund ist aufgelöst.

Max Fröhlich, ehemaliger Expedient.

Im Lande der Freiheit.

Bei dem Schriftsteller Hardy Wurm erschien vor etwa 8 Tagen ein Leutnant Girz aus Erfurt, um Auskunft über Ziele und Zwecke der kommunistischen Bewegung einzuholen. W. unterhielt sich einige Zeit mit ihm, worauf sich der Gen. höflich dankend entfernte. Gestern vormittag erschienen nun zwei Feldgraue, die sich als kommunistische Flüchtlinge aus Dortmund ausgaben. Sie erzählten, daß sie schon in der „Freiheit" gewesen seien, wo man ihnen aber Mißtrauen entgegengebracht habe. Sie kämen, um die Bezirksleitung der K. P. D. zu erfahren. Da W. nicht anwesend war, entfernten sie sich. Einige Stunden später erschienen vier Kriminalbeamte, um Haussuchung zu halten, denen wiederum einige Zeit später zwei Beamte folgten. Diese trafen W. auch an und verhafteten ihn.

Immer langsam voran. Für die Gemeinde Fichtenau scheint das Versprechen der Regierung, die ausländischen Lebensmittel zu verbilligen, nicht zu existieren. Wie uns ein Leser schreibt, verkauft diese Gemeinde, die in bezug auf Lebensmittelversorgung alles zu wünschen übrig lassen soll, amerikanisches Weizenmehl nach wie vor pro Pfund mit 2.20 Mark. Warum kommt Fichtenau nicht ebenso schnell wie andere Gemeinden der Verpflichtung nach, die Lebensmittelpreise herabzusetzen. Wohnen dort etwa nur reiche Leute? Unseres Wissens nicht, und da wäre es Pflicht der Gemeinde, hierauf Rücksicht zu nehmen.

Ungerechtigkeiten gegen Kinder. Am 3. Juli wurden in der Schule Berchtesgadener Straße in Schöneberg Nährmittelkarten an Kinder durch die Lehrer ausgegeben. Aber nicht alle Schüler erhielten solche Karten, auch nicht etwa nur die schwächlichen oder die Kinder ärmerer Familien. Man konnte überhaupt nicht feststellen, nach welchen Grundsätzen die Karten verteilt wurden. Es wird behauptet, daß gutgenährte Kinder und solche bemittelter Eltern berücksichtigt wurden, während kränkliche und arme leer ausgingen. Das muß unter Kindern und Eltern natürlich böses Blut machen und wird nicht dazu beitragen, die Freude an der Schule zu heben. Wenn Vergünstigungen den Schülern gewährt werden, so müssen doch zum mindesten die Regeln, nach denen sie verteilt werden, klar ersichtlich sein.

Verloren wurde in Neukölln eine Brieftasche mit Legitimationen und Arbeitsnachweiskarte. Da die Papiere für den Finder wertlos sind, wird dringend um Rückgabe an Karl Hanisch, Neukölln, [illegible]straße 21 III, gebeten.

Aus den Organisationen.

Neukölln. 16. Bezirk. Morgen, Sonntag, Familienausflug nach Strausberg. Treffpunkt früh 6 Uhr bei Pichnick, Oberstraße [illegible]. Freunde und Bekannte willkommen.

Vereinskalender.

Bund techn. Angestellten und Beamten, Bezirk Nordwest-Berlin. Nächste Monatsversammlung am Montag, den 14. Juli, im Nordwest-Kasino, Altmoabit 55/56. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden zweiten Montag im Monat in obigem Lokal statt und sind besonders als Zahlabend für Einzelmitglieder gedacht.

Die kaufmännischen Angestellten der Baumaterialienbranche versammeln sich am Mittwoch, den 16. Juli, abends 7.30 Uhr, im Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25, um einen Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen entgegenzunehmen.

Post- und Telegraphenbeamte und Aushilfskräfte. Montag abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Lyceum, Weinmeisterstraße 16, Versammlung der Angestellten des Haupt-Telegraphenamts und Paket-Postamtes statt, wozu alle auf sozialistischem Boden stehenden Kollegen eingeladen sind. Stadtverordneter Rosemann spricht über die politische Situation und die wirtschaftliche Lage der Beamten.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm [illegible]

Ledebour
Das 21. bis 30. Tausend ist soeben erschienen!
Preis 75 Pfennig
Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Mechaniker
Max Biebershein
Wildenowstr. 18, am 9. d. M. gestorben ist
Die Einäscherung findet am Dienstag, den 15. d. M., nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
der Mechaniker
Willi Werner
Falkensteinstraße 46, am 9. d. M. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Montag, den 14. d. M., nachm. 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Kernmacher
Otto Haas
am 7. d. M.,
die Arbeiterin
Emma Wende
Gräser Weg 53, am 9. d. M.,
und der Schleifer
Paul Tesche
am 8. d. M. gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Allen Mitgliedern die Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, die Kollegin
Margarete Guttmann
plötzlich verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Juli, mittags 12 Uhr von der Leichenhalle der jüdischen Gemeinde, Weißensee, Lothringer Straße aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
die Ortsverwaltung.

Prozesse, Rat, Beistand, [illegible] Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Gesellsch. [illegible] Vertrauenssachen.
Alexanderstr. 43.

Heil-Anstalt „Löser" Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9—1, 4—8.
Harn- u. Blutuntersuchg., Licht- u. Finsen-Behandl.

4. Kreis.
Nachruf!
Die Genossin
Marie Peter,
Liegnitzer Str. 39, ist im 68. Lebensjahre verstorben. Sie war in jüngeren Jahren für die Partei eifrig tätig und hat bis zuletzt der Sache des entschiedenen Sozialismus die Treue bewahrt.
Ehre ihrem Andenken!

[illegible]
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Packer
Friedrich Bergmann
von der Firma Gebrüder Weimann, am 9. d. M. im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 14. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jerusalemer Friedhofes, Neukölln, Hermannstraße 84-90, statt.
Die Bezirksverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere innig geliebte Schwester, Schwägerin und Tante, Fräulein
Margarete Guttmann
am 9. Juli 1919 sanft und ruhig entschlafen ist.
Im Namen sämtlicher Hinterbliebenen
Hermann Jacob und Familie
Westend, Soorstr. 36 b.
Kondolenzbesuche dankend abgelehnt.
Beerdigung Sonntag Mittag 12 Uhr, Weißensee, Lothringenstraße.

Wilmersdorf!
Seit 1. Juli befindet sich unsere Spedition beim Genossen
Nessler, Hindenburgstr. 34.
Dieselbe wird unsere Zeitung täglich zweimal durch Botenfrauen liefern.

Dauerwäsche wird ausgebessert, vergrössert, verklein., gerein.
Born, Reichenberger Str. 7 (Kottbuser Tor). Fernsprechanschl. Mpl. 14 365.

Genossen,
die ihre Möbel od. sich selbst zu bill. Präm. versich. wollen, werd. gebet., ihre Adresse unt. B. 1 Exp. d. Bl. niederzulegen.

Ich suche noch einige Annahmestellen für meine Fabrik und chemische Wäscherei. Carl E. B. Haase, Fabrik O 27, Holzmarktstraße 21. [illegible]

In der Nacht vom 7. zum 8. 7. ist mir mein wertvoller, großer **Hofhund** erschossen worden. Ich zahle demjenigen, der mir den Täter nachweisen kann,
Mk. 500 Belohnung.
Eduard Tillack, [illegible]

Kollegen, Genossen! Wer geht mit nach Frankreich? Vormeld. beim Vertrauensmann. Offert. u. 2000 a. d. „Freiheit", H.-Exped.

Pelzmaschinen-Näherin, die auch verzieht, verlangt Riem, Metzer Straße 14.

Weißbier-Flaschen verkauft Ussow, Neue Friedrichstraße 2.

3000 M. gesucht auf Grundstück. Offert. u. B. 7 Expedition Schiffbauerdamm 19.

Kaufe dauernd **Spiralbohrer** aus Werkzeug- und Schnellstahl zyl. Mörser, Metrischem und Vierkantkonus, Centrierbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer, Feilen, Sägeblätter. Zwick, Berlin NO 18, Landsberger Allee 115 II. (Telephon: Alex. 846.)

G. A. und H. G. A.
Kupferleitungen von 1,5 bis 10 qmm, auch kurze Enden, **Elektromotoren,** auch defekte, 2—6 PS., kauft **E. Knöppel,** Holzmarktstr. 41. Tel. Alexander 369. 8-5 Uhr.

Kronen, Schalter, Litzen, Motore, Stecher, Steckdosen, Fassungen, Akkumulatoren, Klingeldrähte, Kupfer, Messing, Blei kauft laufend Mätze, Admiralstr. 37.

Großen Erfolg haben selbst die **Kleinen Anzeigen** in der „Freiheit".

Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin NW 6 — Schiffbauerdamm 19
Bisher erschienen:
Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe
Preis 35 Pf.
Was ist Sozialisierung
Von Karl Kautsky. Preis 30 Pf.
U. S. P. D. und Gewerkschaften
Von Rob. Dißmann. Preis 30 Pf.
Annehmen oder ablehnen?
Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, E. Ballod, A. Stein, R. Hilferding, H. Haase. Preis 50 Pf.
Deutschland nach dem Frieden
Von Georg E. Graf. Preis 30 Pf.
Der Weg zum Sozialismus
Von Otto Bauer. Preis 50 Pf.
Willst du arm und unfrei bleiben?
Von Luise Zietz. Preis 30 Pf.
Richtlinien für ein Gemeindeprogramm
Von Em. Wurm. Preis 20 Pf.

„Die freie Welt" Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.
Das illustrierte Blatt des revolutionären Proletariats
Einzelheft 20 Pf. + Vierteljährlich 2.50 Mk.
Vom Oberkommando Noske verboten!
Lieferung erfolgt nach Aufhebung des Verbots.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen sowie die
Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19